

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis 0,75 RM.
Bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vorstand)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftstags 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Verkaufstags 10 Pf., Arbeitsmarkt 5 Pf.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Telefonnummer: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 82.

Berlin, Sonnabend, 14. Oktober 1911.

Dreißundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Zur Wiederaufnahme der Reichstagsverhandlungen. — Verein für Sozialpolitik. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Zur Wiederaufnahme der Reichstagsverhandlungen.

Obgleich dem Reichstage ein reiches Benzin an Arbeit zur Erledigung vorliegt, hat man ihn erst zum nächsten Dienstag wieder einberufen, also um eine volle Woche später, als ursprünglich beabsichtigt war. Die Folge wird sein, daß auf der einen Seite eine Menge gesetzgeberisches Material unerledigt bleibt, andererseits aber die zur Verantwortung kommenden Vorlagen mit einer Hast durchgeprüft werden, die nur auf Kosten der Gründlichkeit möglich sein kann. Das wird um so mehr eintreffen, als noch eine ganze Reihe von Interpellationen vorliegen wird, deren Besprechung geraume Zeit in Anspruch nehmen muß. Allein von der Sozialdemokratie sind solche Interpellationen eingebracht über den Stand der Warokoffrage, über die Lebensmittelerzeugung und über die zahlreichen Verträge gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz. Es steht außer Zweifel, daß die anderen Parteien mit ähnlichen und anderen Anfragen kommen werden. Daß diese wichtigen Dinge gründlich durchgeprochen werden müssen, ist klar, und so wird eine ziemliche Zeit auf sie verwendet werden müssen.

Seiner Verabschiedung harret auch noch das Privatbeamten- und Versicherungs-gesetz, das die Reichsregierung wohl unter allen Umständen durchbringen will. Selbst wenn die Mehrheit des Reichstages mit den Grundzügen dieses Gesetzes einverstanden sein sollte, wird die Durcharbeitung noch geraume Zeit erfordern, da die Vorlage noch nicht einmal eine erste Lesung durchgemacht hat.

Die große Strafprozessreform, die den Reichstag ebenfalls schon recht viel Mühe und Zeit gekostet hat, wird in dieser kurzen Session kaum erledigt werden. Darauf deuten verschiedene Momente hin. Eine endgültige Entscheidung darüber, ob die Vorlage überhaupt noch zur Verhandlung gestellt wird, ist allerdings noch nicht gefallen. Alle Zeichen aber deuten darauf hin, daß die Reichsregierung zunächst auf die Durchberatung verzichtet und dann dem neuen Reichstag die Vorlage in der von der Kommission beschlossenen Form wieder zugehen läßt.

Zwei sozialpolitische Gesetze endlich sind von besonderer Bedeutung für die Arbeiterschaft. Das Arbeitskammergesetz, über das nachherade genug geschrieben und gesprochen worden ist, scheint ein todesborenes Kind zu sein. An der Unterstellung der Staatsarbeiter unter das Gesetz und der Wählbarkeit der Organisationsbeamten scheint fasttätlich die Vorlage zu scheitern. Ohne diese beiden Bestimmungen — das haben wir erst kürzlich wieder betont. — hat das Arbeitskammergesetz für uns so gut wie gar keinen Wert, und wir wissen, daß auch der übrige Teil der Arbeiterschaft genau so denkt. Trotz der feierlichen Versprechen also werden die deutschen Arbeiter noch für absehbare Zeit auf eine gerechte Interessenvertretung verzichten müssen.

Besser sind die Aussichten für das Zustandekommen des Seimarbeitergesetzes. Die Haupt Schwierigkeit, die in der Frage der Lohnämter

liegt, ist ja allem Anschein nach durch das Nachgeben der Reichsregierung beseitigt. Aufgabe der politischen Parteien also wird es jetzt sein, darauf zu dringen, daß das Seimarbeitergesetz endlich mit den Lohnämtern zur Verabschiedung gelangt. Es trifft sich gut, daß gerade in dieser Zeit der Reichstagsabgeordnete Dr. Friedrich Raumann in der „Mönges. Kart. Bl.“ die Frage erörtert, ob die Lohnämter für die Seimarbeiter möglich sind? Seine Ausführungen sind so überzeugend, daß wir sie bei der Wichtigkeit der Sache und wegen ihrer aktuellen Bedeutung hier im Wortlaut wiedergeben:

Nachdem die Regierung durch die Zeitungen mitgeteilt hat, daß sie bereit ist, über die Frage der Lohnämter mit sich reden zu lassen, steigen die Aussichten, daß der sterbende Reichstag auch noch ein Seimarbeitergesetz fertig bekommt. Es ist nämlich wahrscheinlich, daß für das Gesetz mit Lohnamt leichter eine Mehrheit zu erhalten ist, als wenn das Lohnamt fehlt. Das Gesetz ohne Lohnamt ist gar zu inhaltlos und bringt fast nichts als Worte. Alles ist um einen Ausdruck des Abs. Siehe zu brauchen: moralisches Gesetz! Das soll heißen: es fehlt die Möglichkeit der Durchführung. Auf dem ganzen Gebiet des Arbeiterkampfes findet sich keine einzige zwingende Forderung. Jeder Satz enthält das biegsame Wortlein „kann“. Der Bundesrat kann, die Landeszentralbehörde kann, die Polizei kann!

Das einzige, was fest vorgeschrieben wird, ist das Ausschließen oder Auslegen von Lohnabellen und die Ausgabe von Lohnbüchern oder Arbeitszettel. Damit ist erreicht, daß der Lohn, mag er hoch oder niedrig sein, den Beteiligten bekannt ist, der Geheimnistruerei und der Einzeltrübsal ein Ende bereitet. Auf die Lohnhöhe selbst hat die Anwesenheit der Tabellen keinen unmittelbaren Einfluß. Das kommt erst zustande, wenn sich hinter die Tabelle eine hinreichend starke Organisation stellt. Diese aber fehlt fast überall. Mit wenigen Ausnahmen ist die Hausindustrie bisher unorganisierter und wenigstens unorganisiert. Um die Organisationsarbeit zu steigern, haben wir für die öffentliche Auslegung der Verzeichnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen gestimmt, aber es hat nichts geholfen: die Lohnabellen sind öffentlich, die Register der Beteiligten bleiben geheim, die Ausschichten der Organisationsarbeit sind nicht geschlossen. Mit diesem traurigen Ergebnis schließt eine vierjährige mühselige Arbeit, wenn jetzt nicht in letzter Stunde das Lohnamt doch noch angenommen wird. Ob das Gesetz ohne Lohnamt es überhaupt wert ist, daß man dafür kämpft, kann sehr fraglich sein; es bringt keine eigentlichen Schädigungen, aber es nützt auch nichts. Es steht also durchaus das Lohnamt im Mittelpunkt der Diskussion.

Bisher waren Regierung und Unternehmervertreterungen gegen das Lohnamt. Recht scheint also die Regierung ihren Widerspruch aufzugeben, die Unternehmerverbände aber stehen nach wie vor dagegen. Allerdings muß man dabei beachten, daß nur in ganz wenigen derartigen Verbänden die Hausindustriellen unter sich sind. Weit besteht die Mehrheit der Beschäftigten aus Fabrikanten, die mehr an der Fabrik interessiert sind als an der Hausindustrie. Diese lehnen den Gedanken des Lohnamtes ab, weil sie seine stärkere Heberführung in das Gebiet der normalen Industrie fürchten. Wenn diese Furcht nicht wäre, so würde eine Verständigung viel leichter sein. Es muß darum offen über diesen Punkt geachtet werden.

Von allen Befürwortern des Lohnamtes ist kein einziger, der die Ausdehnung dieses Systems auf die Fabrikarbeit wünscht. Auch kein Sozialdemokrat, denn die Sozialdemokraten gehen Hand in Hand mit der Gewerkschaftsleitung; diese aber denkt nicht daran, ihre freien Tarifabschlüsse in offizielle Bände zu geben. Man kann rundweg und ohne alle Hintergedanken versichern, daß überall dort, wo verhandlungsfähige Organisationen bestehen, weder jetzt noch in Zukunft Lohnämter eingerichtet werden sollen. Das Lohnamt ist nicht als eine Normalanordnung für die ganze Industrie gedacht, sondern als ein Notbehelf für solche Gewerbe, die es nicht zu einer wirksamen Selbstverwaltung bringen können. Der

freie Tarifvertrag ist viel besser als das Lohnamt; nur wo er unerschaffbar ist, kommt das letztere in Frage. Set man auf solche Weise die Bedenken derjenigen Unternehmer einigermassen beruhigt, die nicht selbst Hausindustrielle sind, so handelt es sich nun um diese selbst. Auch bei ihnen gibt es, wie überall in der Industrie, zwei Stimmungen: Verbände und Abmachungen über haupt nicht zu haben. Mit den letzteren wird eine Verständigung schwer sein, aber ihre Zahl ist im Zurückgehen, der Verbandsgebäude ist auch hier im Voranschreiten. Sobald sich aber ein Unternehmer einmal auf den Verbandsgedanken stellt, wird er wünschen müssen, daß sowohl Unternehmer wie Arbeiter möglichst vollständig zu den Verbandsabmachungen herangezogen werden, selbst wenn sie sich zunächst sträuben. Das aber ist der Zweck der Einrichtung, die wir nach englischen Vorbildern als Lohnämter bezeichnen.

Unsere deutsche Hausindustrie geht in vielen Teilen abwärts. Es gibt paar aufsteigende Gruppen, aber sie sind in der Minorität. Als aufsteigend haben sich auf Grund der Statistik vornehmlich: Maschinenbau, Waffenfabrication, Musikinstrumente, Siederei, Spielwaren. Große Niedergänge sind zu verzeichnen in Uhrmacherei, Kollweberei, Seidenweberei, Baumwollweberei, Posamenten. Die übrigen Gruppen zeigen meist einen Niedergang der Räumlichkeit und ein gewisses Steigen der Frauen, wie z. B. Tischlerei, Tabakfabrikation, Schneideri, Waschkonfektion und Schuhmacherei. Fast überall, außer in der ersten Gruppe, findet ein Abwandern der guten, leistungsfähigen Arbeitskräfte statt, die sich den Fabriken zuwenden. An dieser Krankheit geht die Hausindustrie ein, wenn in ihr nicht normale Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Was jetzt geschieht, ist ein müßelloses Ringen aller Beteiligten ohne Hoffnung auf Gelingen. Eine alte und in mancher Hinsicht wertvolle Betriebsform kämpft ihren Kampf um Leben oder Tod. In solcher Lage muß man den Mut haben, entweder den Tod zu wollen, oder etwas Greifbares für das Leben zu tun. Es scheint, daß auch viele Hausindustrielle sich den ganzen Ernst der Krisis der deutschen Hausindustrie noch nicht klar gemacht haben.

Wie aber steht es mit der Sorge, daß durch neue Belastungen die kranken Gewerbe noch schneller gekostet werden, als sie sonst von selber niedergehen? Diese Sorge ist deshalb gegenstandslos, weil ja die Arbeitervertreter der Hausindustrie genau dasselbe Interesse haben, die Arbeit zu erhalten, wie die Unternehmervertreter. Natürlich werden Reibungen und Mißverständnisse nicht ganz ausbleiben, aber das ist eine bedauerliche eingerichtete Selbstverwaltung der Industrie so unflug und hofflos verfahren, daß sie den Ruin beschleunigt, ist nach allen bisherigen Erfahrungen keineswegs anzunehmen. Einigt man sich nicht, so liegt eben kein rechtsverbindlicher Beschluß vor, dann bleibt alles so, wie es heute ist; einigt man sich aber, so ist alle Fabriksolidität dafür vorhanden, daß die Beschlüsse zur Verwirklichung der Ordnung und Lebensfähigkeit der Hausindustrie beitragen. Auch das Lohnamt ist kein Heilmittel, keine Wunderkur, aber es ist ein notwendiger und rechtlicher Versuch, kranke Volksteile gesünder zu machen, als sie heute sind.

Unser Wunsch geht also dahin, daß diese Ausführungen von recht vielen Reichstagsabgeordneten gelesen und beherzigt werden. Es kann ihnen dann nicht mehr schwer werden, für die Einführung der Lohnämter, die sich auch anderswo durchaus bewährt haben, zu entscheiden. Die sozialpolitische Ansbende der letzten Jahre ist wirklich recht knapp bemessen. Auch die Reichsversicherungsordnung ist weit zurückgeblieben hinter den Wünschen, die die Arbeiterschaft begehrt hat. So möge man wenigstens das Seimarbeitergesetz, das ja der am meisten gedrückten Schicht der Arbeiterschaft einige Vorteile bringen soll, so gestalten, daß es wirklich als ein Segen empfunden wird. Sämder laßt die Not auf dem Volke. Möge der Reichstag mit diesem Gesetz wenigstens einen Lichtstrahl in das Heim der Vermissten der Armen senden!

Verein für Sozialpolitik.

Am Montag und Dienstag dieser Woche hielt der Verein für Sozialpolitik im Künstlerhause zu Nürnberg seine Generalversammlung ab. Der Altmeister der nationalökonomischen Wissenschaft, Professor Schmöller-Berlin wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß der Verein nicht in die praktische Politik eingreife, sondern sich darauf beschränke, sozialpolitische Probleme mit möglicher Objektivität und Wissenschaftlichkeit durch seine Schriften und durch die Erörterungen auf den Generalversammlungen anzuhellen. Zu Vorsitzenden wurden Freiherr von Berlepsch, Professor Werke, Professor Rathgen und Oberbürgermeister v. Schub gewählt. Ministerialrat Dr. Senle begrüßte den Kongreß im Namen der bayerischen Regierung, und Nürnbergs Oberbürgermeister hieß ihn im Namen der Stadt willkommen. Von den Deutschen Gewerkschaften waren Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt und Hauptgeschäftsführer Gustav Hartmann anwesend.

Ueber den ersten Gegenstand der Tagesordnung, die Gemeindefiskalisierung, sprachen Prof. Vos-München und Stadtrat Dr. Boldt-Dortmund. Die Referenten erörterten die verschiedenen Steuersysteme in England, Frankreich und in den einzelnen deutschen Bundesstaaten und kamen zu dem Schluß, daß das preussische System auch für die anderen Staaten Deutschlands nachahmenswert sei. Die Armen-, Schul- und Polizeibehörden bilden die Hauptposten in den städtischen Etats. Diese Lasten aber seien, genau genommen, vom Staate aufzubringen, damit eine größere Einheitlichkeit in die Steuerzustände der Gemeinden komme. Dr. Boldt-Dortmund beurteilte besonders scharf die Steuerhinterziehungen und verlangte schärfste Bestrafung mit Gefängnis für alle diejenigen, die nicht die ihrem Einkommen entsprechende Steuer an Staat und Gemeinde zahlen. Die Arbeiter, insbesondere die unverheirateten, zahlten in der Regel keine Steuern, weil sie sich davor zu drücken wüßten. Man müsse die Unternehmer verpflichten, die Steuer beim Lohn in Abzug zu bringen und im ganzen an die Steuerbehörden abzuführen. Siergegen, wie auch gegen einige andere Vorschläge Dr. Boldts wandte sich unser Verbandsvorsitzender, der darauf hinwies, welsch große Erregung der § 23 des preussischen Einkommensteuergesetzes, mit welchem die Unternehmer verpflichtet wurden, die Löhne der Arbeiter den Steuerbehörden anzugeben, hervorgerufen habe. Die Verwirklichung des Vorschlages würde nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber von neuem erregen. Natürlich müsse man wünschen, daß auch der Arbeiter seine Steuerpflicht erfülle. Inbes dürfte nicht übersehen werden, wie schwer gerade die indirekten Steuern den Arbeiter belasten.

Am zweiten Verhandlungstage sprach Prof. Dr. Herkner über die Probleme der Arbeiterpsychologie. Die feinsinnigen Betrachtungen, die sich auf durch Fragebogen herbeigeführtes Material stützen, das in den Schriften des Vereins verarbeitet worden ist, kamen zu dem Schluß, daß die Psychophysik der Arbeit ein neues, vielversprechendes Feld der sozialwissenschaftlichen Untersuchung darstelle. Unsere Vorstellungen über die soziale Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse hätten sich in wesentlichen Punkten erweitert. Das sogenannte Proletariat stelle keineswegs eine im wesentlichen einheitliche Masse dar, kein graues, ödes Einerlei, wie sogar von gelehrter Seite noch vor kurzem wieder dazutun versucht worden sei. Die Erhebungen ließen im Gegenteil eine große Mannigfaltigkeit erkennen in Bezug auf Herkunft, Qualität, Quantität und Konstanz der Arbeiterleistungen, das innere Verhältnis zur Berufsarbeit, Ausichten des sozialen Aufstiegs, Weltanschauung und Lebensstil. Die moderne Arbeiterklasse zerfalle in die drei großen Gruppen der gelernten, ungelerten und angelernten Arbeiter. Die gelernten Arbeiter, deren Einkommen zwischen 1500 und 2400 Mark liege, hätten meist eine Lehrzeit von 3 bis 4 Jahren absolviert und kämen zu zwei Dritteln aus der städtischen Bevölkerung. Auch die Werkmeisterposten würden aus den Kreisen der gelernten Arbeiter bestehn. Diese Arbeiter könnten also noch eine Art Karriere machen und die Einkommensstufe von ca. 3000 Mark erreichen. Gelingen es dem gelernten Arbeiter nicht, selbst aufzusteigen, so versuche er doch mit allen Kräften, seinen Kindern den Weg zu höheren oder wenigstens für höher angelegenen Berufsstellungen zu ebnen. Insofern liege eine bemerkenswerte Annäherung an kleinbürgerliche Lebensverhältnisse vor. Das 40. Lebensjahr bilde für den gelernten Arbeiter eine Art Majoratsbede. Wenn es ihm bis dahin nicht geglückt sei, Meister, Vorarbeiter, Einrichter oder selbständig zu werden, so gebe es in-

folge der abnehmenden physischen Leistungskraft allmählich bergab zu Bezug auf das Einkommen und auch hinsichtlich der sozialen Stellung.

Im Gegensatz zu den gelernten Arbeitern kämen die ungelerten Arbeitsträger überwiegend aus den unteren Schichten der ländlichen Bevölkerung. Ihre militärische Tauglichkeit sei geringer, ihre Familie und die Sterblichkeit ihrer Kinder größer. Frauen und Töchter nebmen häufig an der Fabrikarbeit teil. Das Einkommen verdecke um 1100 bis 1200 Mark. Die besten Elemente der ungelerten gingen in die immer wichtiger werdende Gruppe der Angelernten über und könnten als solche bei tüchtigen Leistungen oder wertvollen Charaktereigenschaften die untern Einkommensstufen der gelernten Arbeiter erreichen. Die Arbeiter aus kleineren und mittleren Städten fänden an der Spitze der Leistungsfähigkeit.

In der Verwendung der Freizeit verhalte sich die Arbeiterkastei eben oder ganz ähnlich so, wie andere Gesellschaftsklassen mit bestehenden Geldmitteln auch. Die Wahl der Vereine zeige, daß es auch im sogenannten Proletariat nicht an Individualitäten fehle.

Hr. Dr. Bernays-Weidberg trug eine interessante Arbeit über die Schwankungen der Arbeitsergie während des Tages und der Woche vor, die sie in einer psychischen Zwitterzeit beobachtet hatte. Prof. Alfred Weber-Weidberg hob ebenfalls hervor, daß die Beantwortung der Fragebogen ergeben habe, daß eine viel größere Beräthe denkeit und Mannigfaltigkeit in der Arbeiterleben vorhanden sei, als man bis dahin angenommen habe. Das wichtigste Problem sei die Frage nach dem Ergehen des Arbeiters, wenn das 40. Lebensjahr zurückgelegt sei. Wie man sich fragen könne, wo die Millionen Stednadeln blieben, die täglich in den Verkehr kämen, so müsse man sich auch fragen: Wo bleiben die Arbeiter nach dem 40. Lebensjahre? Trostlos sei es, zu sehen, daß die angelernten Arbeiter nicht in der Lage sind, in ihrem Beruf zu bleiben; sie würden von einer Stellung zur anderen getrieben und hätten keine aktive Erziehung. Es sei nötig, die Frage zu erörtern, ob nicht in viel früheren Jahren als jetzt die Altersrente gewährt werden müsse. Die jüngeren Arbeiter könnten zu den Lasten hierfür viel stärker herangezogen werden. Prof. v. Wendtler-Breslau wies darauf hin, daß Karl Marx die Hoffnung auf eine Emanzipation der Arbeiterklasse nicht auf die Arbeiterkastei selbst gesetzt, sondern auf diejenigen Elemente, die von den oberen Schichten in das Proletariat herunterfielen. Das sei ein Irrtum. Die Arbeiterkastei organisiert sich aus sich selbst heraus, aber nicht gegen den Staat. Kollege Gustav Hartmann hob die psychologischen Wirkungen der Teilarbeit in der Industrie hervor, die den Arbeiter abstumpe. Der unterdrückte Weichheitsdrang äußere sich in der Weigerung an der Politik und an den Bildungsbestrebungen. Es werde sich für die Industrie wie für die Arbeiter nützlich erweisen, wenn man allgemein dazu übergehe, den Arbeitern regelmäßig in jedem Jahre Urlaub zu gewähren. Eine Entspannung aus dem Einerlei des Daseins, wie es die Teilarbeit mit sich bringt, werde den Menschen im Arbeiter haben. Prof. Dr. Sinzheimer-München vertrat die Meinung, daß trotz der vielen Differenzierungen bei den Arbeitern das Proletariat doch als eine geschlossene Masse betrachtet werden müsse, deren Charakteristikum es sei, daß mit dem 40. Lebensjahr eine geringe Entlohnung eintrete.

Dr. Kraus-Frankfurt hält es für nötig, daß die weiteren Untersuchungen sich der Mindergebanten annehme, die sich nicht mehr in unsere Gesellschaftsordnung einfügen könnten. Wenn man ihnen helfen könnte, würde man ein Verbesserung der Gesamtverhältnisse herbeiführen. Dr. Kaffke-Weidberg hielt es für besonders wichtig, danach zu trachten, alle Fortschritte des Gesundheitspflege und Technik den Arbeitern nutzbar zu machen, damit die unteren Klassen, welche mehr Zeit gefunden haben, auch mehr Kultur genießen könnten. Prof. Max Weber-Weidberg wies darauf hin, daß der Verein mit den Untersuchungen erst am Anfang stehe und sie noch Jahrzehnte fortsetzen müsse, bis wirkliche Erfolge zu erzielen seien. Wir konnten aus Referat und Diskussion nur Bruchstücke wiedergeben. Hoffentlich erscheinen die Verhandlungen bald im Druck, damit sie der Arbeiterkastei zur Bepredung unterbreitet werden können. Die Untersuchungen werden erst dann einen vollen Erfolg haben können, wenn die Arbeiter selbst an ihrer Durchführung mitwirken, und wenn sie aus dem gründlichen Studium der Verhandlungen sich klar zu machen vermögen, worauf es dabei ankommt. Der Verein für Sozialpolitik hat sich jedenfalls ein Verdienst erworben, daß er ein lebhaftes Interesse für das Seelenleben der Arbeiter wachzurufen sich bemüht.

Das praktische Ziel muß sein, die Straße zu wecken und andauernd lebensfähig zu halten, die selben können, die arbeitende Bevölkerung hinaufzuziehen zu den Staatsorganismen als gleichberechtigte Bürger, die für ihre Arbeit eine menschenwürdige Existenz finden und es auch innerlich erlassen, was sie selbst in der Mitarbeit am Staatsganzen zu leisten haben. K. G.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Ein Arbeiter der Firma Krupp in Essen, der längere Zeit von seinem Betriebsführer zur Verrichtung von häuslichen Arbeiten, namentlich Gartenarbeiten nach Feierabend herangezogen wurde, künzte beim Begehen der Blumen über den Torwegang ab und zog sich einen schweren Oberschenkelbruch zu, der seine vollständige Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte. Die Bezahlung für diese Arbeiten hatte nicht dem örtlichen Lohn entprochen. Die Berufsversicherung, welche die Zahlung einer Rente ablehnte, wurde vom Schiedsgericht beurteilt. Letzter aber Refers beim Reichsversicherungsamt ein. Auch diese Instanz entschied, daß die Berufsversicherung eine Rente zu zahlen habe, und führte in ihrem Urteil, wie wir der „Soz. Prax.“ entnehmen, unter anderem aus:

„Das Reichsversicherungsamt ist in Uebereinstimmung mit dem Schiedsgericht zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Versicherung des Klägers als Arbeiter in dem bei der Beflagten versicherten Betriebe der Firma Krupp sich auf die hier in Betracht kommende Tätigkeit mit erstreckt hat, denn die Voraussetzungen des § 3 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes sind in vorliegendem Falle gegeben. Daß der Betriebsführer als Betriebsassistent und Beamter der Firma Krupp sowie als Vorgelegter des Klägers als Beauftragter der Arbeitgeberin des Klägers anzusehen ist, kann zunächst einem begründeten Zweifel nicht unterliegen. Sodann ist der Kläger im Unfalljahr unstrittig hauptsächlich im vorgenannten gewerblichen Betriebe beschäftigt gewesen, während er Dienste für den Betriebsführer nur gelegentlich neben seiner Beschäftigung in dem bei der Beflagten versicherten gewerblichen Betriebe geleistet hat. Die Auslegung des § 3, daß die häuslichen und anderen Dienste nur solche sein dürfen, welche dem Interesse des Arbeitgebers dienen, nicht aber solche, welche, wie im vorliegenden Falle, im Privatinteresse des Beauftragten des Arbeitgebers liegen, würde zu eng sein und zu großen Härten für die versicherten Personen führen. Insbesondere wird sich der Arbeiter oft wegen des Abhängigkeitsverhältnisses, in welchem er zu dem Beauftragten des Arbeitgebers steht, der ihm angeordneten Tätigkeit nur auf die Gefahr hin entziehen können, daß er die Gunst seines Vorgelegten verliert oder sich sonst seine Stellung im Betriebe verächtlicht.“

Am war es allerdings den Beamten der Firma Krupp verboten, Angestellte, insbesondere Arbeiter der Fabrik, für ihre Privatwecke, sei es auch außerhalb der vorgeschriebenen Arbeitszeit, in Anspruch zu nehmen. Da indessen dieses Verbot den Arbeitern selbst nicht befannt gegeben worden ist, ist es im vorliegenden Falle nicht dazu geeignet, zum Nachteil des Klägers die Anwendung des § 3 a. O. auszuschließen. In Uebereinstimmung mit dem Schiedsgericht hat auch das Reichsversicherungsamt die Ueberzeugung gewonnen, daß die Beschäftigung des Klägers im Garten des Betriebsführers nicht etwa auf Grund eines zwischen dem Beteiligten abgeschlossenen freien Arbeitsvertrages erfolgt ist, sondern vom Vorgelegten- und Untergebenenverhältnis, wie es infolge der Betriebstätigkeit der Beteiligten in der Geschloßdreherei bestand, wesentlich beeinflusst worden ist. Diese Annahme wird insbesondere, wie das Schiedsgericht zutreffend ausgeführt hat, dadurch gestützt, daß die dem Kläger für die Gartenarbeiten gezahlten Entschädigungen offenbar erheblich hinter den am Orte üblichen Lohnlagen zurückgefallen haben. Das Reichsversicherungsamt hat sich somit der schiedsgerichtlichen Entscheidung angeschlossen und den Refers als unbegründet zurückgewiesen.“

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 13. Oktober 1911.

In unserem Gewerkschaften der Bäder und Kondiktoren macht sich in letzter Zeit ein erfreulicher Aufschwung bemerkbar. Der Hauptvorstand ist denn auch bemüht, diese Aufwärtsbewegung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern und hat deshalb Anfang vorigen Monats an die Arbeitersekretariate und eine ganze Reihe von Ortsverbänden Rundschreiben gerichtet, in denen

um Unterstützung in der Agitation und bei der Arbeitsvermittlung erucht wird. Die in dem Kundensreiben erbetene Antwort ist leider von der großen Mehrzahl der Ortsverbände ausgeblieben. Das zeigt nicht gerade von großem Interesse für die Allgemeinheit. Deshalb sei von dieser Stelle aus dieses Kundensreiben noch einmal in Erinnerung gebracht. Die in Betracht kommenden Ortsverbände werden nochmals dringend erucht, den Gewerkschaften der Bäcker und Konditoren in der tatsächlichen Weise zu unterstützen und alles zu tun, was geeignet ist, seine Mitgliedszahl zu vergrößern. Insbesondere aber wird darum gebeten, daß jetzt noch die Antwort auf das Kundensreiben an den Kollegen Rudolf in Reinfeldendorf, 15 bei Berlin, Seestr. 3 gesandt wird.

Ueber das Ergebnis der Tarifrevision im Buchdruckgewerbe äußert sich in recht bemerkenswerter Weise der „Korrespondent“, das Organ des Deutschen Buchdruckerverbandes. Dasselbe wird angeichts der besonderen Schwierigkeiten als befriedigend bezeichnet. Den Unterhändlern wird lebhafteste Anerkennung für ihre Tätigkeit gezollt und insbesondere die geschickte Leitung der Verhandlungen durch den Geheimrat Bärenstein gerühmt:

„Unzweifelhaft hat auch Geheimrat Bärenstein durch seine souveräne Beherrschung des ganzen Tarifweins, durch sein großes Talent als Verhandlungsleiter sowie durch das von wärmsten Empfinden für die Tarifgemeinschaft distinkte Zureden bei beiden Parteien oftmals einen Weg aus dem Dschungel gefunden. Auch die Kollegen Döhl und Schließ wußten in brenzligen Situationen geschickt eine Brücke zu schlagen, die sich als gangbar erwies. . . . Alles in allem: Die diesmaligen Tarifverhandlungen stellen an Schwierigkeiten und Anforderungen alles in den Schatten, was je bei den Revisionen unseres Gewerbes gegeben ist in der Geschichte getreten ist.“

Auch die Schlussbetrachtungen, die der „Korrespondent“ anstellt, lassen deutlich die Schwierigkeiten erkennen, unter denen der neue Tarif zustande gekommen ist. Es heißt da nämlich:

„Als in den Nachmittagsstunden des 7. Oktober die zweite Lesung des neuen Tarifs mit einmütiger En bloc-Akklamation genehmigt wurde und der ob seiner außerordentlichen Verdienste um die Tarifgemeinschaft und um das Zustandekommen des neuen Tarifs in voller Uebereinstimmung beider Parteien zum Präsidenten der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker ernannte Geheimrat Bärenstein in einem allgütigen, mehrmals von tiefer Bewunderung durchzitterten Schlußwort auf die aufreidenden, trotz vieler gegenwärtiger Anschauungen aber von einem guten Geist und großer Sachlichkeit getragenen dreizehnstägigen Verhandlungen einen großzügigen Rückblick geworfen hatte, da lebte in jedem Teilnehmer das erhebende Bewußtsein, an einem Werke mitgeholfen zu haben, das, wenn Uebereinstimmung und objektive Würdigung in der deutschen Buchdruckerschaft noch eine Heimstätte haben, nicht anders als eine Großtat bezeichnet werden kann. Wir hoffen und erwarten daher, daß die von dem Tarifauschuß in den Tagen vom 25. September bis 7. Oktober geleistete aufopfernde Arbeit ein großes Gedeihen finden wird.“

Auf einige Enttäuschungen wird sich der „Korrespondent“ in dieser Beziehung schon gefaßt machen müssen. Ebenso aber kann er sich darauf verlassen, daß seine anerkennenden Worte über die Tätigkeit des Geheimrats Bärenstein ihm seitens der radikalsten Elemente manchen Angriff zuziehen werden.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Former und Siebereiarbeiter in Berlin dauert unverändert fort. Nur die Zahl der Ausständigen hat sich etwas vermehrt, nämlich um diejenigen, die noch Arbeit hatten und die inzwischen fertiggestellt haben. — Die Verhandlungen in der Bielefelder Metallindustrie haben zu einer Einigung geführt. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde um eine Stunde verkürzt und die Stundenlöhne um 2-3 Pf. erhöht. Auch die Akkordlöhne sollen, wo sie zu niedrig sind, angehoben werden.

Der Tarifvertrag für die Stapelfabrikation in Berlin hat nun auch die Zustimmung der Arbeiter gefunden. Wenn sich auch hier und da Unzufriedenheit über die erreichten Ausgleichsbedingungen bemerkbar machte, so wurde der Vertrag doch schließlich in starker Mehrheit angenommen und eine Kommission gewählt, die über die Vorschläge zur Regelung der Arbeitsbedingungen der jungen Leute beraten soll. — In der Ballastindustrie in Berlin sind Differenzen ausgebrochen, weil einzelne Firmen die in dem geltenden Tarifverträge enthaltenen Bestimmungen nicht innehalten. Auch für neu eingeführte Formen werden zu niedrige Löhne gezahlt. Es wurde beabsichtigt, auch mit Rücksicht auf die gestiegenen Lebensmittelpreise entsprechende Aufschläge zu verlangen. — Die Verhandlungen in der westfälischen Papiertischen Zigarettenindustrie sind ergebnislos verlaufen. Infolgedessen wollen die dem Fabrikantenverbände angehörenden Unternehmer in dieser Woche die Aussperrung der organisierten Arbeiter vornehmen, wovon 8-10000 Personen betroffen werden dürften. — In den Startonagenfabriken in Chemnitz hat der größte Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt.

Die Bedeutung der Diskutierklubs für unsere Gewerkschaftsbewegung wird noch immer nicht genügend gewürdigt. An vielen Orten, wo man damit Versuche gemacht hat, sind die Klubs wegen mangelhafter Beteiligung wieder eingegangen; anderswo bestehen sie zwar noch, führen jedoch ein kümmerliches Dasein oder haben doch auf keinen Fall diejenige Beteiligung aufzuweisen, die sie haben müßten. Es ist dies eine bedauerliche Erscheinung, der unbedingt abgeholfen werden müßte. Jetzt, wo die kühlere Jahreszeit den Vereinen wieder ein regeres Leben gibt, muß von neuem der Versuch zur Gründung und Belebung der Klubs unternommen werden. Gift ist doch, in ihnen Vorkämpfer für unsere gute Sache heranzubilden. Wenn insbesondere die Ortsverbände- und Ortsvereinsauschüsse tüchtig hinterher sind, so muß es ihnen fortwährenden Ermahnungen gelingen, namentlich die jüngeren Mitglieder zur Unterstützung der Klubs zu bewegen.

Ein mehr als zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann, müßte eine viel größere Mitgliederzahl haben. Aber auch hier hopert es an der Förderung seiner Bestrebungen durch die jüngeren Mitglieder. Seitens der Klubleitung wird deshalb in diesen Tagen an sämtliche Ortsvereinsvorstände ein Ansuchen verfaßt mit der Bitte, die gleichzeitig beigelegten Flugblätter für den Diskutierklub in den Vereinssitzungen anzulegen. Und zwar soll dies nicht nur an einem Abend, sondern wiederholt geschehen. Damit allein aber ist es nicht getan! Die Vorstände müssen die Gelegenheit auch benutzen, auf den Zweck und die Bedeutung des Diskutierklubs hinzuweisen und den Besuch der Sitzungen dringend empfehlen. Ueberall, wo dies mit dem nötigen Nachdruck und etwas Lust und Liebe geschieht, wird der Erfolg auch nicht ausbleiben. Mögen die kurzen Anregungen dazu beitragen, das Interesse für die Einrichtung der Diskutierklubs zu heben und zu fördern!

Der Kampf in den Berliner Eisenkonstruktionsbetrieben wird, wie der Bund der technischen Industriellen Beamten mitteilt, von den nun einen besseren Dienstvertrag kämpfenden Ingenieuren und Technikern mit allen Mitteln geführt, die in ähnlichen Fällen von den Arbeitern oder von den Ärzten bei ihren Kämpfen mit den Krankenkassen angewendet worden sind. So haben die Berliner Eisenkonstruktoren unter anderem auch einen geordneten Ueberwachungsdiens organisiert, um das von den Firmeninhabern zum Ersatz herangezogene Personal gleich bei der Ankunft abzufangen und über den ausgebrochenen Konflikt aufklären zu können. Auf diese Weise ist es gelungen, den weitaus größten Teil der bisher eingetroffenen Erleichterungen davon abguzulassen, daß sie ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen.

Zeit einigen Tagen konnte man nun beobachten, daß ein Teil des Unternehmens auch seinerseits nicht davor zurückschreckt, den Kampf mit allen Nachmitteln zu führen, die bei solchen Gelegenheiten zur Verfügung der Arbeitgeber zu stehen pflegen. Verschiedene Firmeninhaber haben die Unterstützung der Polizei angerufen und auch erhalten, so daß man vor den Bureaus während des ganzen Tages einen Doppelposten stehen sieht. Noch einen Schritt weiter scheint die Direktion der Landhausener-Aktiengesellschaft gegangen zu sein, deren Bureau sich in der Leipziger Straße befindet: In dem Jahre dieses Jahres sind seit einigen Tagen sogar mehrere Kriminalpolizisten postiert. Einige Ingenieure haben sich deshalb an das Polizeipräsidium gewandt, um dort über die vorgekommenen Belästigungen Beschwerde zu führen.

Ueber die diesjährige deutsche Kartoffelernte macht die „Nordd. Allg. Ztg.“ Mitteilungen, die so klingen, als wenn dieselbe sich im ganzen doch günstiger gestaltet, als bisher befürchtet wurde. Abgesehen von einzelnen Landesteilen werde das Ergebnis nahezu drei Viertel einer Mittelernte erreichen. Das ist unseres Erachtens recht ungünstig und könnte, wenn man die noch schlechter bedachten Landesteile mit in Betracht zieht, ebenso gut als eine Missernte bezeichnet werden. Mit obigen Schätzungen, so meint das offizielle Blatt weiter, ständen auch die Großhandelspreise im Einklang, während die Kleinhandelspreise für Kartoffeln eine auffallende Steigerung aufwiesen. Nach der amtlichen Statistik betrug nämlich der Septemburdurchschnitt für die 50 Großstädte in Preußen dieses Jahr 53 Pf. für das Pfund gegenüber 38 Pf. im Durchschnitt der beiden Vorjahre. Dagegen in diesem Jahre infolge der Ermäßigung der Tarife und der neuen Einfuhr aus den Niederlanden die Großhandelspreise in den verschiedenen Landesteilen nahezu ausgeglichen sind, bestehen in den Kleinhandelspreisen noch ganz auffallende Verschiedenheiten. Während in Königsberg i. Pr. der häufigste Preis 1 Pf., in Berlin 5 Pf. beträgt, steigt er in Bromberg, Erfurt und Frankfurt a. M. auf 7 Pf., in Kassel sogar auf 7,5 Pf. Alles in allem geht daraus hervor, daß die Bevölkerung — und als Kartoffelkonsumenten kommen in erster Linie die Arbeiter in Betracht — in diesem Jahrgang ganz erheblich teurer bezahlen muß als früher. Da bei früheren Bezügen allein nicht unerheblich niedrigere Preise zu erzielen sind, ist es Aufgabe der Kommunen, noch in stärkerer Maße, als es bisher geschehen ist, den Ankauf von Kartoffeln in die Hand zu nehmen und sie zum Selbstkostenpreise an die Bevölkerung abzugeben.

Statistik der Kohlenproduktion. Der soeben erschienene Jahresbericht des Bergbauvereines Eisen für 1910 veranschlagt die Kohlengewinnung an der Welt für das letzte Jahr auf 11,2 Millionen Tonnen; sie hätte damit die Förderung von 1909 um 42 Millionen Tonnen übertraffen. Die Hauptgewinnungsländer waren an der Weltförderung folgendermaßen beteiligt: Vereinigte Staaten mit 39,5 Proz., Großbritannien mit 23,3 Proz., Deutschland mit 19,3 Proz.; auf diese drei Staaten zusammen entfielen über 82 Proz. der Kohlenförderung der Welt. Die Steinkohlengewinnung Deutschlands, zu der Preußen wie in 1909 94 Proz. beitrug, stellte sich im letzten Jahre auf 1,28 Millionen Tonnen gegen 1,48 Millionen Tonnen im Vorjahr; ihr Wert stieg von 1519 auf 1,27 Millionen Mark, der Durchschnittswert für die Tonne ging dagegen von 10,21 Mk. in 1909 auf 9,99 Mk. in 1910 zurück. Die Braunkohlenproduktion ist in 1910 um 1,3 Proz. auf 69,5 Millionen Tonnen gestiegen. Der Wert blieb indes noch um fast eine halbe Million Mark hinter dem Wert der vorjährigen Förderung zurück, da sich der Wert einer Tonne Braunkohle von 2,61 auf 2,57 Mk. ermäßigte. Der Wert der gesamten deutschen Bergwerksproduktion überstieg im Berichtsjahre erstmalig 2 Milliarden Mark. Von dem Gesamtwert von 2008,6 Millionen Mark entfielen auf Steinkohle 1,5 Milliarden Mark, auf Braunkohle 178,5 Millionen Mark, auf Eisen 107 Millionen Mark. Diese drei Mineralien zusammen waren an dem Gesamtwert mit 90,2 Prozent beteiligt.

Auch über den Kohlenverbrauch der hauptsächlichsten Länder macht der Bericht Angaben. Den größten absoluten Verbrauch zeigen im letzten Jahre die Vereinigten Staaten mit 441 Millionen Tonnen, dann folgen Deutschland mit 210 Millionen (einschließlich Braunkohle) und Großbritannien mit 183 Millionen Tonnen. Der Kohlenverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung stieg in Amerika von 4,78 Tonnen in 1909 auf 4,77 Tonnen. Am nächsten kommt dem Großbritannien mit 4,01 Tonnen; Deutschland hat einen Kopfanteil von 3,25 Tonnen (3,28 Tonnen im Vorjahr).

Der Bund der Landwirte und der Zwischenhandel. Schon häufig ist auf die Rolle hingewiesen, die der Bund der Landwirte bei der Bekämpfung der Konsumvereine spielt. Er benutzt die Konsumvereinsfeindschaft rückständiger, städtischer Bevölkerungselemente, um sie vor seinen politischen Wagnen zu spannen, betreibt aber selbst einen schamhaften Handel mit allen möglichen Dingen.

Dem Gegenstand des Sanjabundes zum Bunde der Landwirte verdanken wir neuerdings eine Darstellung, die dieses doppelzüngige Verhalten des Bundes der Landwirte näher beleuchtet. Durch die Korrespondenz des Sanjabundes wird ein Artikel über das Warenhaus des Bundes der Landwirte verbreitet, in dem über die wirtschaftlichen Organisationsformen, die in engem Zusammenhange zum Bunde der Landwirte stehen, folgende Mitteilungen gemacht werden: Zunächst besteht eine Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte, in der man Wein, Samen, Düngemittel, Mele, Kohlen, sämtliche Futtermittel und anderes mehr bekommen kann. Der Umsatz dieser Verkaufsstelle beläuft sich auf 10 Millionen Mark im Jahre. Neben dieser Zentralkaufsstelle gibt es noch eine Anzahl provin-

